

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 602

Mittwoch, 02. März 2016

23. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Das Gesetz, über das Jimmy und Thelma (und deren UnterstützerInnen) aneinander gerieten.....	1
Der Kongress stärkt die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft!.....	3
Oberstes Gericht suspendiert Arbeiten der Mine in La Puya.....	3
Update zur Verteilung der Kongresssitze.....	4
Sepur Zarco: Hohe Haftstrafen wegen Verschwindenlassen und sexuelle Ausbeutung.....	4
Streit ums Wasser.....	5
US-Aktionsplan für Guatemala.....	6

Das Gesetz, über das Jimmy und Thelma (und deren UnterstützerInnen) aneinander gerieten

Der neue Kongress hat sein erstes wichtiges Gesetz verabschiedet – gegen den erklärten Willen von Jimmy Morales. Es geht um die Unabhängigkeit der Justiz, genauer der Staatsanwaltschaft (MP) vor (mehr oder minder) willkürlichen Eingriffen des Präsidenten. Damit hat der Präsident gleich zu Beginn seiner Amtszeit aufgezeigt, dass es mit seinem unbedingten Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit und für eine unabhängige und schlagkräftige Justiz nicht weit her ist. Womöglich hat er und der Fraktionsvorsitzende seiner Partei, Javier Hernández, nach dem Erringen von mehr Macht im Kongress (z.Z. 30 statt 11 Abgeordnete) gedacht, er könnte die KollegInnen der anderen konservativen Parteien problemlos in ihrem Sinne ('Lockerung' der Unabhängigkeit des MP) beeinflussen. Die Medien und die Autorität von CICIG und der MP-Chefin haben das verhindert. Ein kleiner Sieg für den Rechtsstaat in Guatemala. Über den Hintergrund des Geschehens berichtet die Journalistin Gladys Olmstead in der Nomada vom 24. Februar.

Es war im Frühling 2015, als Roxana Baldetti die Feindin aller war, als der sechsmonatige Kampf gegen die Korruption und Straffreiheit begann und alle Sektoren der Gesellschaft einte. Als über das Ende der Präsidentenmacht diskutiert wurde und über diejenige von MP. Gegen ersteren opponierte auch die Partei von Jimmy Morales und seinen UnterstützerInnen, den Grossunternehmen und die konservativen sozialen Organisationen. Alle förderten MP und die CICIG: die sozialen Bewegungen, die Opposition im Kongress und die Medien. Der Kampf gegen Korruption und Straffreiheit einte Guatemala – bis zu einem gewissen Grad. Im vergangenen Jahr gab es dann zwischen Mai und August Dissens darüber, ob der Präsident Otto Pérez Molina (OPM) zurücktreten sollte, weil ein Teil der BürgerInnen mutmasste, dass er „Nummer eins“, „der Boss“ der Zollbetrugsmafia „La Línea“ sei. Ein anderer Teil gab sich das Recht des Zweifels, um die Stabilität des Landes bis zu den Wahlen zu wahren. Auf der Seite der „Stabilität“ waren OPM, die wichtigen Unternehmen, die im CACIF organisiert sind, und die US-Botschaft. Und die andere Seite, die versuchte, dem Fall der Línea auf den Grund zu gehen: MP, CICIG, die Universität San Carlos (USAC), das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH), die Mehrheit im Verfassungsgericht (CC) und die sozialen Bewegungen, die den Rücktritt forderten. Nun im Februar 2016 ähneln sich die Gruppen, die sich gegenüber stehen. Der Gesetzentwurf, der Reformen am Gesetz über MP forderte und vor allem ein Ende der Möglichkeit des Präsidenten, GeneralstaatsanwältInnen zu entlassen, liess die Schlacht gegen die Straffreiheit neu aufbrechen. Auf der einen Seite waren der Präsident Jimmy Morales und seine Partei FCN, CACIF und konservative Organisationen wie die Jugend für Guatemala oder die Nationale Bewegung der BürgerInnen (MCN), die eine Machtstellung des Präsidenten gegenüber MP vorzogen. Auf der anderen Seite standen die Generalstaatsanwältin, CICIG, die PDH und soziale Bewegungen, etwa JusticiaYa oder die Koordination der Studierenden Guatemalas (CEUG) sowie die meisten Medien.

Das Ende der Präsidentenmacht über die Staatsanwaltschaft

Seit MP in den 1990er Jahren geschaffen wurde, haben die Präsidenten drei von fünf GeneralstaatsanwältInnen abgesetzt. Óscar Berger, Álvaro Colom und Pérez Molina entliessen diese oder arbeiteten daran, deren Amtszeit zu verkürzen. Berger feuerte Carlos de León (inzwischen rechtskräftig verurteilt), Colom Juan Luis Florido und Conrado Reyes – beide aufgrund der Ermittlungen der CICIG, beim ersten wegen Ineffizienz, beim zweiten wegen obskurer Personalentscheidungen. Pérez Molina und sein Team schafften es nicht, Claudia Paz y Paz herauszuwerfen, da sie im Kampf gegen die Straffreiheit erfolgreich war und von den USA geschützt wurde (die damalige Aussenministerin Hillary Clinton kam extra deswegen ins Land geflogen). Aber sie schafften es, ihre Amtszeit um sieben Monate zu verkürzen.

Die Argumentation des Präsidenten war, dass es keine Garantie dafür gebe, erfolgreich zu verhindern, dass jemand mit Verbindungen zu den Mafiastrukturen den MP-Posten erhalte und dass es daher eine Gegenmacht durch den Staatschef geben müsse. Die FCN forderte auch, dass ein/e RichterIn die Ermittlungen der MP gegen Funktionäre autorisieren müsse, womit die Unabhängigkeit, die sich die MP erarbeitet hatte, um gegen PolitikerInnen zu ermitteln, beendet gewesen wäre. „So werden wir uns vor einer internen Reinigung des Kongresses schützen“, sagten die Abgeordneten der FCN zu den KollegInnen, um diese zur Unterstützung ihres Punktes zu bewegen.

Die Argumentation für das Gesetz war, dass dann, wenn die MP vom Präsidenten abhängig wäre, diese keine Möglichkeit mehr habe, ohne Furcht gegen die Mächtigen zu ermitteln – wie es etwa bei Pérez Molina oder den UnternehmerInnen, die nun hinter Gittern sind, der Fall war. Und sie waren der Ansicht, dass die öffentlichen Anhörungen (und der Druck der CICIG) verhindern können, dass die MP die Aufgabe an jemanden überträgt, der den Kampf gegen die Straffreiheit bremst. Der umstrittene Artikel in dem Reformgesetz war die Nummer 6, welcher den Absatz 14 des Organgesetzes über MP verändern würde. In dem neuen Gesetz heisst es, dass der einzige Grund, der die Entlassung von GeneralstaatsanwältInnen rechtfertigen würde, der sei, dass diese während seiner Amtszeit ein Verbrechen begehen würden, das auch zu einer Verurteilung führt. Aber es bestünde nicht mehr die Möglichkeit für einen Präsidenten, jemanden zu entlassen, weil er dessen oder deren Arbeit nicht für gut befindet.

Die Regierungspartei, FCN, die mit ihren elf neuen Abgeordneten über keinerlei Macht im Kongress verfügte, hat inzwischen 19 Flüchtlinge aus anderen Fraktionen (v.a. LIDER und PP; *genauere Aufstellung, s.u., d.Red.*) aufgenommen und kommt nun auf 30 Abgeordnete. Die FCN nutzte ihre neue Macht, um die Verabschiedung des Gesetzes über die MP eine Woche lang zu blockieren.

Machtpoker zwischen Präsident und Oberstaatsanwältin

Die Diskussion über die präsidiale Macht über die Staatsanwaltschaft belastete die Beziehung zwischen Präsident Jimmy Morales und der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana. Um so mehr, als sie ihm öffentlich widersprach. Morales verlautbarte, dass der Prozess der Benennung der 22 Gouverneure der Departements sich verzögern werde (um 40 Tage, aber das sagte er nicht), da die Staatsanwaltschaft noch dabei sei, die KandidatInnen auf ihre Tauglichkeit zu überprüfen. Am 21. Februar sagte Aldana, dass das so nicht stimme. Jimmy musste daraufhin einen Tweet eines Briefes veröffentlichen, in dem er die Staatsanwaltschaft bat, die Namen der KandidatInnen für die Gouverneursämter zu überprüfen. Der Brief stammte vom 22. Februar. So hielt sich die Diplomatie aufrecht. Der Regierungschef hat die Position der Staatsanwältin nicht kritisiert. Und die Staatsanwältin sagt, dass die Opposition der FCN keine böse Absicht sei. (...) Die Generalstaatsanwältin wohnte gestern der Diskussion im Kongress bei. (...) „Wir möchten, dass sie uns keine StaatsanwältInnen wegnehmen, sind Sie sicher, dass die für Frauenmorde Zuständige zuhört?“ fragt sie ihren Assistenten. Sie weiss, dass sie die Reform zunichte machen, wenn sie nur eine Sekunde abgelenkt werden würden. Der Leiter der CICIG, Iván Velásquez, machte ebenfalls Druck für die Annahme des neuen Gesetzes. Vergangene Woche twitterte er, dass es nicht zusammen passen würde, einerseits von dem Kampf gegen Straflosigkeit zu reden, aber andererseits nicht zur Stärkung der Unabhängigkeit der MP beizutragen. Niemand, der aufrecht gegen die Straflosigkeit kämpfe, könne dagegen sei, die Unabhängigkeit der MP zu stärken.

Die Netzwerke als Spiegel des Machtpokers

Die Jugendorganisationen, die 2015 bei den Protesten gegen Korruption und Straflosigkeit mitmachten, äusserten sich zu den verschiedenen Forderungen. Daneben twitterten Organisationen der sozialen Bewegungen unter dem Hashtag #JusticiaYa ihre Zustimmung zu dem Gesetz an den Kongress. „Lasst uns zum Kongress gehen!“ (#AhoraEsCuando! (Wann, wenn nicht jetzt!) “Wir haben die Schnauze voll von den Frechheiten der Abgeordneten.” Die Studierendenvereinigung CEUG half ebenfalls bei der Verabschiedung der Reformen. „Warum steht die FCN an der Spitze der Verfolgung der MP? Warum will sie die Justiz schwächen?“ twitterte sie. (...)

Im Kongress gab es zunächst geteilte Meinungen: die Position von MP und CICIG unterstützten von Anfang die Parteien UNE, TODOS, Encuentro por Guatemala, Convergencia und die Reformer [*das wären 76 Abgeordnete, d.Red.*].

Und sie schafften es, die UnterstützerInnen von Präsident Jimmy Morales und den Grossunternehmen niederzuringen: FCN, CREO-PU, UCN und VIVA. (...) Die Bilanz des Machtpokers zwischen Jimmy Morales und der Generalstaatsanwältin Aldana – aktuell die beliebteste Funktionärin des Landes – war ein Sieg der Letztgenannten. Ein Sieg für die Unabhängigkeit des MP gegenüber politischem Druck. (...)

Der Kongress stärkt die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft!

Guatemala, 23. Feb. Mit 140 Ja-Stimmen hat der Kongress am 23. Februar das Dekret 18-2016 verabschiedet, mit dem die Reformen am Gesetz über die Staatsanwaltschaft (MP) ratifiziert werden. Der Gesetzentwurf 4982 stand seit September 2015 vor der endgültigen Lesung und es waren drei Plenardebatten notwendig, um darüber ab- und dann zuzustimmen. Die Ja-Stimmen wurden von den Abgeordneten damit begründet, dass damit die Unabhängigkeit der MP gestärkt werden würde. Genau das hatte die Fraktion der Regierungspartei FCN-Nación mit zwei Änderungsanträgen in der vergangenen Woche zu verhindern versucht. In dem ersten Änderungsantrag hatten die Abgeordneten vorgeschlagen, dass der Präsident eine/n GeneralstaatsanwaltIn aufgrund eines Ermessensspielraums entlassen könne. Im zweiten, welcher im Plenum behandelt werden sollte, sollte eine Ermittlungseinheit, die eine Zusammenarbeit bei der Informationsbeschaffung über einen Fall beantragt, nur dann dabei erfolgreich sein, wenn ein RichterIn dieses Ansinnen autorisiert. Beide Anträge wurden nach der Kritik aus den anderen Fraktionen zurückgezogen. Während der Plenarsitzung wurde über die Möglichkeit gesprochen, dass die Fraktion einen dritten Änderungsantrag einbringt, in dem bestimmt worden wäre, dass die Generalstaatsanwaltschaft kein Wahlamt anstreben dürfe. Das geschah jedoch nicht. Thelma Aldana, die Generalstaatsanwältin, kam in Begleitung des Leiters der CICIG, Iván Velásquez, in den Kongress, um der Diskussion bei der Lesung zuzuhören und die Verabschiedung des Dekrets zu erleben. Dabei erklärte sie ihre Sorge über den zweiten Änderungsantrag der Regierungspartei. „Am vergangenen Freitag habe ich, sobald ich von dem Änderungsantrag gehört hatte, Javier Hernández (Fraktionsvorsitzender der FCN-Nación), angerufen, um ihm zu sagen, dass es gut wäre, darüber noch einmal nachzudenken“, sagte Aldana auf Pressefragen.

Velásquez fügte hinzu, dass „sie möglicherweise nicht die schädlichen Effekte berücksichtigt haben, den dieser Antrag provoziert hat und der einen Rückschritt in die Zeit vor 20 Jahren bedeutet hätte. Vielleicht hat dieser Gedanke doch letztlich dazu geführt, dass die Fraktion ihn zurückgezogen haben“, sagte er.

Aldana bezog sich in ihrer Stellungnahme auch auf den Fall des Amatitlán-Sees und erinnerte daran, dass die Festnahmen, die hier vollzogen wurden, nicht zustande gekommen wären, wenn erst eine Autorisierung durch eine/r RichterIn hätte vorliegen müssen, um an die Ermittlungsdaten zu kommen – zumindest nicht innerhalb von sechs Monaten.

In den angenommenen Bestimmungen bestätigten die Abgeordneten die Schaffung eines staatsanwaltschaftlichen Karriereweges innerhalb der MP und eines Sanktionsverfahren für jene MitarbeiterInnen, die Fehler gemacht haben. Ebenso dürfen Personen, die für unfähig zur Ausübung eines öffentlichen Amtes erklärt worden sind oder Personen, die aus anderen Justizorganen entlassen oder gar wegen schwerer Delikte verurteilt wurden waren, keine Karriere innerhalb der MP machen. Niemand dürfe dort arbeiten, der nicht einen gültigen Steuerbescheid des Rechnungshofes vorlegen könne. Schliesslich wurde mit dem Gesetz eine Allgemeine Überwachungsabteilung eingerichtet, deren Aufgabe es ist, Verwaltungsfehler zu untersuchen und Vorschläge für Verbesserungen in dieser Hinsicht vorzulegen. Damit wurde auch die Abschaffung des Rates der MP bestätigt, eine Einheit, deren Aufgabe es bis heute war, Sanktionen gegen MitarbeiterInnen der Institution auszusprechen. Weitere Reformen betreffen die Abschaffung des Rechts auf Vorermittlungen, auf das sich StaatsanwältInnen und ihre MitarbeiterInnen verlassen konnten; die Spezifizierung von Fehlern, die MitarbeiterInnen begehen und die Sanktionen, die solche jeweils nach sich ziehen können. Das Gesetz sieht in den Artikeln 62 und 63 ein Disziplinarverfahren vor, in dem die möglichen Fehler (abgestuft in leichte, schwere und sehr schwere) und die darauf folgenden Sanktionen aufgelistet sind. Zuständig dafür sind die Disziplinarvorstände. Auch die Suche nach MitarbeiterInnen in der MP unterliegen nun klaren Verfahrensregeln.

Der unabhängige Abgeordnete Oliverio García Rodas, einer der Mitglieder der Arbeitsgruppe, die an den Gesetzesreformen sprachlich gefeilt hat, sagte gegenüber der Generalstaatsanwältin Thelma Aldana: „Ich hoffe, dass die MP die Reformen gut nutzt und tatsächlich beginnt, in allen Teilen des Landes präsent zu sein – und nicht nur in der Hauptstadt. Ich hoffe auch, dass wir sie die mit den Ressourcen ausstatten können, damit die Staatsanwaltschaften dort anzutreffen sind, wo die BürgerInnen sie erreichen können.“ (El Periódico und Siglo21, 24. Februar 2016)

Oberstes Gericht suspendiert Arbeiten der Mine in La Puya

Guatemala, 23. Feb. Das Oberste Gericht suspendierte vorerst die Abbauaktivitäten der Gold- und Silbermine von Exmingua (Exploraciones Mineras de Guatemala) im Departement Guatemala. Die Begründung liegt in der fehlenden Konsultierung der dort lebenden indigenen Völker. Das Bergabbauprojekt Progreso VII Derivadas befindet sich in La Puya, wo seit Jahren Hunderte von AnwohnerInnen, vor allem Frauen, mit friedlichen Aktionen gegen das Projekt protestieren und deren Blockaden schon mehrmals von Polizei und Militär geräumt wurden. Das Urteil des Obersten Gerichts fiel aufgrund einer Klage des Zentrums für rechtliche Umwelt- und Sozialaktionen (CALAS). (...) Rafael Maldonado, Anwalt von CALAS, sagte, dass die Entscheidung der Oberstes Gerichts „einer Forderung des Kampfes der Gemeinde entspricht, die die Menschenrechte der Bevölkerung verteidigt.“

Laut der Webseite von Exmingua liegt das Projekt 41 km von der Hauptstadt entfernt, in dem sog. regionalen Gürtel der Goldadern des Tambor, einer für den Abbau von Gold und Silber interessanten Zone, in der Minerale gefördert werden.

Aufgrund der fortwährenden Konflikte, die seit 2012 den Ort beherrschen, war die Aufnahme von Verhandlungen vereinbart worden. Die haben jedoch keine konkreten Resultate eingebracht.
Das Unternehmen Exmingua hatte bis zum Redaktionsschluss noch kein öffentliches Statement gegeben, ebenso wenig das Energie- und Bergbauministerium. (PL)

Update zur Verteilung der Kongresssitze

Guatemala, 26. Feb. Die Regierungspartei FCN-Nación kommt dem von ihrem Fraktionsvorsitzenden Hernández ausgerufenen Ziel, immer mehr Abgeordneten in ihren Reihen zu halten, näher: Aus den ihnen von den WählerInnen zugeordneten 11 sind inzwischen 30 Sitze geworden, so dass sie nun gleichauf mit der UNE die grösste Fraktion stellt.

Partei	Sitzverteilung			Anmerkungen
	nach der Wahl Sept. 2015	15.02.2016	26.02.2016	
LIDER	45	6	4	Flux zu REF, AC, UNE, IND, FCN, kurzzeitig PRO
PP	18	3	3	Flux zu REF, AC, UNE und FCN, kurzzeitig PRO.
PAN	3	3	3	
VIVA	5	5	4	Flux zu FCN
FCN-Nación	11	21	30	Aufnahme v.a. von LIDER und UNE, dann TODOS, PP und VIVA sowie IND, REF und PRO
Fuerza	2	2	2	
UCN	6	6	6	
CREO-PU	5	5	5	
PRO	Stand nicht zur Wahl	7	0	15.02.: Aufnahme: 4 von UNE und 3 von LIDER, ab 26.02.: Flux: 4 zu IND, je 1 zu REF, FCN und AC
Reformador (REF)	Stand nicht zur Wahl	19	19	Aufnahme von LIDER und PP
AC	Stand nicht zur Wahl	11	11	Aufnahme von LIDER (5) sowie PP und UNE
IND	Stand nicht zur Wahl	10	12	Aufnahme von LIDER und UNE, kurzzeitig bei PRO
TODOS	19	18	17	Flux zu FCN
UNE	32	30	30	Abgänge und Zugänge halten sich die Waage
EG	7	7	7	
URNG/WINAQ	2	2	2	
Convergencia	3	3	3	
	158	158	158	

Ob das Fraktions-Hopping damit vorläufig zu Ende ist, steht in den Sternen. Zumindest hat die neue Konstellation nichts daran ändern können, dass ein gutes Gesetz zur Unabhängigkeit der Justiz verabschiedet wurde. Das Wahl- und Parteiengesetz und das Wassergesetz stehen nun an. Wir werden darüber berichten.

Sepur Zarco: Hohe Haftstrafen wegen Verschwindenlassen und sexuelle Ausbeutung

Guatemala, 26. Feb. Ein Gericht fällte am 26. Februar ein neues historisches Urteil. Im Fall Sepur Zarco wurden der Oberstleutnant Esteelmer Francisco Reyes Girón zu 120 Jahren und der Ex-Militärkommissionär Heriberto Valdez Asij zu 240 Jahren Haft verurteilt. Als das Urteil verlesen wurde, applaudierte die grosse Mehrheit im Saal den Richterinnen Patricia Bustamante, Yassmin Barrios und Gerbi Sical. Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor für Girón 1.290 Jahre, und für Asij 340 Jahre gefordert. Beide sind des Verschwindens von sechs Männern, sexueller Gewalt und der Versklavung von 15 Frauen im Militärlager Sepur Zarco, Departement Izabal zwischen 1982 und 1983 und damit der Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden worden. Für den Tod von Dominga Coc und ihren beiden Töchtern wurde Reyes Girón zu 30 Jahren Haft je Opfer verurteilt plus weitere 30 Jahre, also insgesamt 120 Jahre verurteilt. Valdez Asij wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erzwungenes Verschwindenlassen verurteilt.

Die Richterin Yassmin Barrios unterstrich in ihrer Begründung die Tatsache, dass alle Angeklagten einem ähnlichen Verbrechensmuster ausgeliefert waren. Jedem der Opfer wurde der Ehemann entführt und jede der Frauen wurde entweder am gleichen Tag oder wenige Tage danach vergewaltigt. Diejenigen, die flüchten konnten, sahen ihre Kinder an den Folgen des Hungers sterben; die die nicht flüchten konnten, wurden in den Militärstützpunkt gebracht, um dort gegen ihren Willen zu kochen und zu putzen, und sie wurden vergewaltigt. Den Angeklagten wurde nachgewiesen, dass sie sowohl davon wussten als auch dass sie Mittäter waren

Der Prozess dauerte insgesamt vier Wochen an. (...) Der Prozessaufakt war am 1. Februar. AnwohnerInnen und ehemalige Mitglieder der sog. Zivilpatrouillen (PAC) wurden gehört. Im späteren Verlauf wurden ExpertInnen gehört: HistorikerInnen, Forensische AnthropologInnen und SozialpsychologInnen. (...) Der Prozess zog aufgrund seiner Wichtigkeit viele verschiedene BeobachterInnen an: AktivistInnen, internationale BegleiterInnen und zwei Nobelpreisträgerinnen: Rigoberta Menchú und die US-Amerikanerin Jody Williams (*Kampagne gegen Antipersonenminen, d.Red.*). (LH)

P.S.: Die Redaktion überlegt, im kommenden ¡Fijáte! die bewegenden Geschehnisse in Sepur Zarco aus der Sicht der Opfer darzustellen – und zwar anhand des Berichts von Jo-Marie Burt (International Justice Monitor), den das britische Guatemala Solidarity Network herum geschickt hat.

Streit ums Wasser

Guatemala, 24. Feb. AnwohnerInnen des Stadtkreises Nueva Concepción im Department Escuintla folgen dem Lauf des Flusses Madre Vieja, um zu überprüfen, wie er verläuft, nachdem die Staudämme entleert wurden. Die KleinbäuerInnen benötigen das Wasser für die Bewässerung ihrer Felder. Sie werden dabei von städtischem Wachpersonal begleitet, denn bewaffnete Männer patrouillieren am Fluss. In der Nacht vom 9. zum 10. Februar, während die EinwohnerInnen schliefen, schloss Agro Industrias Hame erneut die Wasserwege, die einige Stunden zuvor von den KleinbäuerInnen mit Stöcken und Hacken geöffnet wurden waren, damit das Wasser des Flusses Madre Vieja fließen konnte. Am 13. und 14. Februar kamen die AnwohnerInnen zu den Staudämmen zurück, um den Fluss erneut zu 'befreien'. „Dieses Mal haben sie es wenigstens respektiert und die Fliesswege nicht wieder versperrt“, sagte Juan Aragón, Einwohner des Dorfes Trocha 10 bei einem Interview, das während einer Inspektion stattfand, bei der die Einhaltung einer Vereinbarung überprüft werden sollte. „Bei einem Treffen kam man überein, dass 50% des Wassers aus den Staudämmen abgelassen und per Motorpumpen auf die Landstücke gepumpt wird, die es benötigen. Hoffentlich erfüllen sie ihr Versprechen“, erzählte Dredy Menéndez, von Trocha 10. Die AnwohnerInnen fürchten gewalttätige Übergriffe von Seiten des Besitzers der Ölplantage, die zur Gruppe Hame gehört. Hame wurde im Juni dieses Jahres mit der Verschmutzung des Flusses Sayaxché in Verbindung gebracht. Die AnwohnerInnen hatten die Spuren von Maschinen gesehen, die in der Nacht in der Mitte des Weges einen Graben schufen, um den Zugang zu versperren. An einem weiteren geöffneten Staudamm hatte man drei bewaffnete Männer gesehen, die den Fluss und die BäuerInnen beobachteten. Die BäuerInnen gehen davon aus, dass sie Wachmänner von Hame sind. „Was wir befürchten, ist, dass die Leute von Molina (Hugo Alfredo Molina Espinosa, Eigentümer von Hame) uns mit Gewalt begegnen werden“, so der Stadtratschef von Nueva Concepción. „Wir kämpfen nicht darum, dass sie (die Zucker- und Bananenplantage von Hame) nicht das Wasser nutzen dürfen. Sie sollen uns nicht ohne Wasser lassen“, so Danny Revolorio, Koordinator der Einheit der städtischen Umweltverwaltung. Laut einer Anzeige, die im Juli 2015 beim Menschenrechtsombudsmann (PDH) gestellt und zuvor im März 2015 bei der Staatsanwaltschaft eingereicht wurde, existiert das Problem bereits seit 15 Jahren. Es entstand, als die BesitzerInnen von Grossplantagen zum Anbau der Afrikanischen Ölpalme und von Bananen Staudämme bauten, um sich 95 % des Wassers dieses Flusses anzueignen. Das führte dazu, dass im Sommer in einem Umkreis von 20 km das Flussbett vollkommen austrocknet und somit mindestens 98 Gemeinden ohne Wasser sind.

Ermittlungen

Kurz darauf wurde bekannt gegeben, dass zwei Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaft die Umleitung der Flussbetten der Flüsse Madre Vieja und Achiguate, die beide im Departement Escuintla liegen, untersuchen werden. Es könnten daraus rechtliche Implikationen für Ex-BeamteInnen und UnternehmerInnen der Region resultieren. Dabei geht es darum festzustellen, welche irreversiblen Schäden durch die Umbettung der Flüsse entstanden sind. Derzeit belegen Beweismaterialien und Dokumente das Aussterben von mindestens sieben Fischarten, Krustentieren und Amphibien und der für das Ökosystems typischen Fauna. Die verantwortlichen EigentümerInnen sollen für die Schäden aufkommen.

Die Einheit für Verwaltungsdelikte will ihrerseits die Verantwortung von ehemaligen BürgermeisterInnen der Städte Nueva Concepción und Tiquisate ermitteln, da sie die Aktivitäten der Agro-Industrien und Bananenplantagen nicht angezeigt hatten. Das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) ist im Fall vermittelnd tätig, da die AnwohnerInnen in ihrem Recht auf Wasser und Ernährung verletzt wurden. Eine Studie von Ende letzten Jahres, durchgeführt durch die PDH-Abteilung für Gewaltprävention, kam zu dem dem Schluss, dass der zweit häufigste Grund für Konflikte in diesen Stadtkreisen die Umleitung der Flüsse ist. Rang eins belegt die Kategorie Mord.

Auch das Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen gab kund, dass man strafrechtlich gegen jene vorgehen werde, die Flüsse umleiteten. Minister Sydney Samuels gab an, dass Anzeigen bei der MP gemacht wurden und diesbezügliche Ermittlungen durchgeführt werden. Die Schädigungen durch Flussumleitungen betrafen mehrere Gemeinden und hätten mehr als 400 Hektar Mangrovenwald geschädigt. Das Nationale Institut für Seismik; Meteorologie und Hydrologie und die Nationale Koordination für die Reduzierung von Katastrophen (CONRED) analysierten die Strömung des Flusses, um die Punkte der Umleitung zu bestimmen. Samuels sagte weiterhin, dass ein Wassergesetz nächsten Monat präsentiert würde, um die Probleme der unzulässigen Nutzung von Wasserquellen oder der Einführung von Abfall und Abwässern in Flüsse zu verhindern. Er erklärte weiterhin, dass die Aufbereitung der Flüsse mindesten ein Jahrzehnt benötigen werde und dass dabei die Sensibilisierung der AnwohnerInnen und BürgermeisterInnen notwendig sei, denn diese können dazu beitragen, dass die Wasserquellen adäquat behandelt werden. (EP, Cerigua)

US-Aktionsplan für Guatemala

Guatemala, 25. Feb. Die Regierungen von Guatemala, El Salvador, Honduras und den Vereinigten Staaten trafen sich in Washington und kamen über einen Aktionsplan überein, der konkrete Massnahmen in Sachen Migration, Sicherheit und Stärkung der Institutionen festlegt. Der Plan ist Teil der „Allianz für den Wohlstand des nördlichen Dreiecks von Zentralamerika“. Er wurde von den Präsidenten Jimmy Morales (Guatemala), Salvador Sánchez Cerén (El Salvador) und Juan Orlando Hernández (Honduras), sowie dem Vizepräsidenten der USA, Joseph Biden, während eines Treffens diskutiert. Zu den Zielen des Plans gehört der Kampf gegen den Menschenhandel, der weitere Ausbau der Sicherheit der Grenzen und die Vereinfachung der Rückkehr der MigrantInnen ohne Papiere, die von den USA nach Zentralamerika deportiert werden. Weiterhin wird darauf abgezielt, „das Humankapital zu vergrössern, die Staatsanwaltschaften und die Justizverwaltung zu stärken“, die Rolle der „Zivilpolizeien“ zu definieren und die Zusammenarbeit im Energiesektor zu verbessern. Washington unterstrich, dass „man den Prozess und die Kapazität der zentralamerikanischen Regierungen unterstützen wolle, um die Korruption mit der Wurzel auszureissen“.

Das Ganze wird von den USA mit 750 Millionen US-Dollar finanziell unterstützt. Mitglieder des US-Kongresses gaben ausserdem bekannt, dass eine „Versammlung für Zentralamerika“ gegründet werden soll, die die Aufmerksamkeit auf diese Region lenkt und ein Forum anbietet, damit Kongressabgeordnete über die US-Politik in den Regionen diskutieren kann. 32 republikanische und demokratische Abgeordnete engagieren sich unter der Leitung der gebürtigen Guatemaltein und kalifornische Kongressabgeordneten Norma Torres. Torres erklärte in ihrem Pressecommuniqué, dass die Gruppe über die Probleme der Region informieren möchte und einen Dialog zwischen Regierungen und Zivilgesellschaft der Region eröffnen möchte. „Die Länder des nördlichen Dreiecks stehen vor Herausforderungen wie Korruption, Gewalt und fehlenden Möglichkeiten“, versicherte die Abgeordnete. „Wir werden im Kongress dafür eintreten, genau darauf zu achten, dass unsere Hilfe wirkliche Ergebnisse erzielt“, sagte Torres. (SV, EP, PL)

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50.00 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

NEU: Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX

PC: 30-516068-6